



Bezirke machen Politik

In den Bezirken geht es um Macht und Posten. Auch wenn man es zum hundertsten Male sagt, dass die Bezirksämter keine Regierungen und die Bezirksverordnetenversammlungen keine Parlamente sind, wird dort dennoch große Politik gespielt. Da halten sich „Zählgemeinschaften“ für Koalitionen und die Fraktionen, die sich zusammengeschlossen haben, verteilen die attraktiven Posten unter sich und überlassen die weniger begehrten den anderen.

Es gibt kein politisches Bezirksamt, was gut ist, weil sonst die Bezirksfürsten völlig durchdrehen würden. Die sechs Mitglieder eines Bezirksamtes, einschließlich des Bezirksbürgermeisters, setzen sich aus allen Parteien zusammen, die bei der Wahl entsprechend abgeschnitten haben. Über den Daumen gepeilt braucht man nur sechs durch die Anzahl der Bezirksverordneten (55) teilen und kommt auf den Prozentsatz, der erforderlich ist, um jemand in das Bezirksamt entsenden zu können. Das tatsächliche Zählverfahren ist etwas komplizierter.

Der früher geübte Brauch, es den einzelnen Parteien zu überlassen, wen sie ins Bezirksamt entsenden, ist nicht mehr angesagt. In den BVV-Sälen finden heute Kampfabstimmungen statt. Wenn man in früheren Jahren einen Bezirksstadtrat nicht wollte, enthielt man sich, stimmte aber nicht gegen ihn. So sind Stadträte auch schon mal mit 14 Ja-Stimmen bei entsprechenden Enthaltungen ins Amt gekommen.

Es gehört zum guten Ton, die AfD nicht zu mögen. Dafür kann man angesichts derer, die für diese Partei tätig sind, großes Verständnis haben. Dennoch hat der Wähler entschieden, auch dieser Partei ein Mandat im Bezirksamt zu geben. Und so, wie regelmäßig, zuletzt gestern, die AfD-Kandidaten für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten ständig durchfallen, wird es auch in den Bezirken gehandhabt. In Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Treptow-Köpenick, wo der AfD ein Posten zustehen würde, ist noch keiner ihrer Kandidaten gewählt worden.

In **Lichtenberg** wurde gestern Abend ein neues Bezirksamt gewählt. „**Michael Grunst** (Linke) bleibt nach einem langem Machtkampf Bezirksbürgermeister in Lichtenberg. Der Linken-Politiker erhielt am Donnerstagabend 39 der 54 Stimmen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), bei zwei Enthaltungen. Grunst hatte die BVV-Wahlen Ende September klar für sich entschieden. Lange sah es aber so aus, als wenn er sein Amt an den Gegenkandidaten **Kevin Hönicke** von der SPD verlieren würde.“ Grunst

übernimmt neben Personal und Finanzen auch das Amt Weiterbildung und Kultur. Hönicke bleibt stellvertretender Bürgermeister und leitet das Stadtentwicklungs- und Bürgeramt. Auch **Martin Schaefer** (CDU) bleibt im Amt und ist zuständig für das Ordnungsamt, das Straßen- und Grünflächenamt sowie das Umwelt- und Naturschutzamt. Da auch in Lichtenberg der AfD-Kandidat in drei Wahlgängen nicht gewählt wurde, übernimmt Schaefer vertretungsweise das Ressort Soziales. **Camilla Schuler** (Linke) ist neu im Bezirksamt und soll sich um die Ämter Jugend und Gesundheit kümmern. **Filiz Keküllüoğlu** (Grüne), ebenfalls neu im Bezirksamt, ist zuständig für Schule, Sport und das Facility Management. *Quellen: Berliner Zeitung / Pressestelle BA Lichtenberg*

In **Charlottenburg-Wilmersdorf** wird am 16. Dezember ein neues Bezirksamt gewählt. Die Grün-Rote Zählgemeinschaft unterzeichnete nach Angaben der *Berliner Morgenpost* gestern den Vertrag. Demnach soll **Kirstin Bauch** (Grüne) Bezirksbürgermeisterin werden. Sie gehörte bislang nicht dem Bezirksamt an. Im Gegensatz zu **Heike Schmitt-Schmelz** (SPD), die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und zuständig für Schule, Sport, Weiterbildung und Facility Management werden soll und dem Bezirksamt schon angehörte. Auch **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) bleibt dem Bezirksamt erhalten, sowohl mit alten Aufgaben wie dem Umwelt- und Naturschutzamt wie einer neuen, dem Ordnungsamt. **Fabian Schmitz-Grethlein** (SPD) soll von Schruoffeneger das Stadtentwicklungsamt übernehmen. An der Restterampe bleiben für die CDU Soziales, Bürgerdienste und Gesundheit übrig, das Jugendamt wurde in der Aufzählung nicht erwähnt.

Zu unserem gestrigen Beitrag über die chaotischen Verhältnisse in **Reinickendorf**, wo erst die Hälfte des Bezirksamtes gewählt wurde, gibt es einen Nachtrag in Form einer Pressemitteilung der CDU. „Die von der ‚Reinickendorfer Ampel‘ aus SPD, FDP und Grünen verursachte Hängepartie geht weiter. Auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 8. Dezember 2021 wurden die Wahlen zur Vervollständigung des Bezirksamtes vertagt.“

Der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU-Reinickendorf und Sprecher des Kreisverbandes, **Stephan Schmidt**, erklärte dazu: „Ich bin vom Verhalten der Reinickendorfer Ampelparteien sehr enttäuscht. Ich hoffe, dass die jetzt vereinbarten erneuten Gespräche zwischen den Ampelparteien und der CDU den bestehenden Gegensatz auflösen können und so endlich die Wahl eines vollständigen Bezirksamtes möglich gemacht wird. Die bisherige Ver-



zögerung wird der zu leistenden Arbeit im Bezirksamt nicht gerecht und schadet dem Bezirk.

*Die CDU hat in den vergangenen Jahren ihre Führungsrolle im Bezirk unter den Bezirksbürgermeistern **Marlies Wanjura** und **Frank Balzer** immer anders verstanden und auch anders wahrgenommen. Seinerzeit standen die sachliche Auseinandersetzung und der Versuch zum Konsens im Vordergrund. Fünfmal in Folge konnte so ein Bezirkshaushalt einstimmig verabschiedet werden – eine in den Berliner Bezirken einmalige Situation.*

*Es ist ein offenes Geheimnis und wird von SPD-Mandatsträgern auch offen kommuniziert, dass die gegen unsere Kandidatin **Emine Demirbüken-Wegner** vorgebrachten Bedenken nur vorgeschoben sind. Der SPD-Kreisvorsitzende **Jörg Stroedter** und der Fraktionsvorsitzende **Marco Käber** wollen sich wegen einer nicht stattgefundenen Stadtratswahl von Herrn Käber im Jahr 2016 rächen. Nur darum geht es der SPD.*

Noch im November hatte der SPD-Kreisvorsitzende Stroedter in einem Gespräch unter den Fraktions- und Parteivorsitzenden von CDU und SPD zugesagt, die Wahl der CDU-Stadträte, auch die von Emine Demirbüken-Wegner, nicht zu verhindern."

Rache nehmen ist in der Politik ein beliebtes Mittel. Die Geschichte geht zurück auf den 13. Januar 2016. Als Nachfolger des verstorbenen Jugend- und Sozialstadtrates **Andreas Höhne** sollte **Marco Kälber** für den Rest der Legislaturperiode bis 18. September gewählt werden. Kälber erhielt im ersten Wahlgang 33 Nein und 21 Ja-Stimmen. Der zweite Wahlgang war nicht viel besser: 31 Nein-Stimmen verhinderten weiter seinen Einzug ins Bezirksamt. Kälber wurde vorgeworfen, über „keine Berufsausbildung und Verwaltungserfahrung“ zu verfügen. Kälber wurde nicht gewählt und der zweite SPD-Stadtrat **Uwe Brockhausen** übernahm bis zum Ende der Legislaturperiode neben seinen Aufgaben Wirtschaft, Gesundheit und Bürgerdienste noch Jugend und Soziales sowie die Funktion des stellvertretenden Bürgermeisters.

Quelle: Berliner Woche – Christian Schindler

Nach der Wahl 2016 stand der SPD übrigens nur noch ein Stadratsposten zu und den belegte weiterhin **Uwe Brockhausen**. Und nun, fünf Jahre später, ist Brockhausen Bezirksbürgermeister. Der damals verhinderte **Marco Kälber** ist heute Fraktionsvorsitzender. Lange haben sie gewartet und nehmen nun Rache. Man sieht sich, oder besser gesagt, wählt sich nicht, immer zweimal im Leben.

Ed Koch

2